

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich aml. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Veröffentlichungsweg: täglich (nur Werktagen).
Bezugspreis: monatlich 3.90 Mark einschl. Postbestellgeld
oder Bringerlohn.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

Gegründet 1888.

Verantwortlicher Redakteur Hans Antkes,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Rahr.

Anzeigenpreis: die gespaltene 2-Millimeterzeile oder deren
Raum 70 Bsp. Die 91. und letzte Zeile 2.10 M.
Rabatt wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.
Anzeigen-Annahme bis 5 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 188

Limburg, Dienstag, den 17. August 1920.

83. Jahrgang

Warschau genommen.

Amsterdam, 15. Aug. (Telephonisch vom WTB.) Die „Times“ meldet aus Rowno: Der Stab der vierten roten Armee in Wilna meldet, daß Warschau am 15. August durch die roten Truppen besetzt worden ist. In Warschau sollen unter den bolschewistischen Elementen im Zusammenhang mit diesem Ereignis große Demonstrationen stattgefunden haben.

Die Schlacht um Warschau.

Paris, 15. Aug. Wie die Blätter aus Warschau melden, ist die Entscheidungsschlacht um die polnische Hauptstadt seit Freitag morgen in vollem Gange. Auf beiden Seiten stehen zusammen etwa 600 000 Mann im Kampf. Längs der Eisenbahnlinie Warschau-Danzig ist die Verteidigung noch intakt.

Mailand, 16. Aug. Wie der „Corriere della Sera“ aus Warschau meldet, war das Waffenglück den Polen schon bei Beginn der Entscheidungsschlacht um Warschau nicht hold. Ein polnisches Regiment verlor eine wichtige Stellung bei Radomin, 20 Kilometer nördlich von Warschau. Die Nachrichten wurden nur amtlichen Kreisen bekannt und tiefen im diplomatischen Korps Aufregung hervor. Die meisten fremden Gesandten haben daher in der Freitag Nacht Warschau verlassen und sich nach Polen begeben. Die verlorene Stellung wurde später mit starken Verlusten für den Feind von den Polen zurückerobert.

Die fremden Diplomaten verlassen Warschau.

Berlin, 15. Aug. (WTB.) Der deutsche Gesandte in Warschau, Graf Oberndorff, ist gestern mit den Chefs der beiden fremden Missionen aus Warschau in Begleitung eines Betreuers des polnischen Ministeriums des Auswärtigen in Polen angekommen. Auch der englische Gesandte, Lord d'Abernon, ist Warschau verlassen.

Deutliche Sprache der englischen Unabhängigen.

Glasgow, 14. August. (WTB.) Der Volkswirtschafts- und unabhängigen Arbeiterpartei übermittelte gestern der Regierung eine Entschiedenheit, worin es heißt: Die Anerkennung der Alliierten gegenüber Sowjetrußland hin. Die organisierte Arbeiterpartei werde die englische Regierung dafür verantwortlich machen, wenn das Kabinett von dem Schritt zurücktritt nicht abtrude und das französisch-englische Bündnis nicht löse. Als Bürgerpartei für ihre ehrliche Gesinnung wolle die Regierung Winston Churchill wegen seiner Gesinnung gegen Rußland aus der Regierung entfernen.

Ein südost-europäisches Bündnis zum Schutze der Neutralität.

Wien, 15. August. (WTB.) Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet, daß es sich bei den gegenwärtigen Zusammenkünften der Minister des Auswärtigen der Tschechoslowakei, Rumäniens und Österreichs, darum handelt, eine Union zwischen den vier Staaten zu bilden, die nach außen hin als eine geschlossene Phalanx auftreten sollte, wenn die rote Armee versuchen sollte, nach Mitteleuropa vorzudringen, und, um Ungarn niederzuhalten, falls dieses versuchen sollte, bewaffnete Hilfe für Polen zu leisten oder die im Friedensvertrag vorgesehenen Grenzen zu seinen Gunsten abzuändern. Österreich wäre in solchem Falle von der Waffenhilfe befreit, müßte aber Munitionsbestände liefern, und jedoch strenge Neutralität bewahren.

Der Steuerabzug.

Berlin, 15. August. Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat dem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Dr. Kaufmann, eine Unterredung über den Steuerabzug gegeben. Seine erste Frage:

Was halten Sie, Herr Minister, vom Steuerabzug bei der Kritik des Lohnabzugs wird immer wieder in der Öffentlichkeit großer Finanznot sich zu bedürfen. Es müßte doch schließlich jedem klar sein, daß wir Steuern zahlen müssen, weil sonst jede Staatsverwaltung zusammenbräche. Was aber würde ein solcher Zusammenbruch, am schärfsten treffen? Alle diejenigen, welche in Deutschland das größte Interesse daran, daß die Ordnung der Steuerabgabe unsere Finanzen in Ordnung gebracht werden. Dies ist auch noch aus anderen Gründen richtig: kommen unsere Finanzen in Ordnung, so entwertet sich das deutsche Geld weiter und wir können dann die breite Masse des arbeitenden Volkes am meisten zu spüren. Im übrigen ist der Lohnabzug in das Einkommensteuergesetz durch die Nationalversammlung aufgenommen worden, nachdem die Reichsversammlung in vielen Punkten milder gestaltet worden ist als die bisher geltenden Einkommensgesetze. Beim Lohnabzug und beim Existenzminimum ist man bis an die Grenzen des Möglichen gegangen. Das müßte auch die Sozialdemokratie zugeben. Die hohen Einkommen sind dafür entlastet worden, wie es in keinem Lande in der Welt der Fall ist. Die Einkommensteuer geht bis

zu 60 Prozent bei den ganz großen Einkommen. Dazu kommt noch die Kapitalertrags- und die Körperschaftsteuer, außerordentlich schwer belastet werden.

Die Tatsache, daß die Steuer direkt bei der Lohnzahlung einbehalten wird, hat für den Arbeiter und Beamten ähnliche Vorteile wie die Einbehaltung der Versicherungsbeiträge. Er kommt dann nicht in die Gefahr, daß er bei der Quartalssteuerzahlung nicht die nötigen Gelder zur Verfügung hat und sich dadurch allerlei Unannehmlichkeiten ausleiht.

Wie verhalten Sie sich, Herr Minister, zu dem Vorgehen der Arbeitnehmer, die durch Androhung von Gewalt die Vornahme des Steuerabzuges verhindern wollen?

Steuerabzüge in diesem kritischen Augenblick ist gerade ein Verbrechen am Reiche, wie am ganzen Volke. Würde die Zentralsteuer sabotiert, so würde das ganze Steuersystem zusammenbrechen. Die Folgen kann sich jeder selbst ausmalen. Ich habe sie eben angedeutet. Es muß unter Mitwirkung der Sozialdemokratie gestanden werden, Geklung verschafft werden.

Sagen auch die übrigen Steuerpflichtigen vorläufige Abschlagszahlungen auf die endgültig zu entrichtende Einkommensteuer zu zahlen?

Selbstverständlich; sie haben an vorläufiger Einkommensteuer mindestens soviel zu entrichten, wie sie im Jahre 1919 an Staats- und Gemeindefiskalsteuern zusammen zu entrichten hatten.

Ist eine weitere Änderung der gesetzlichen Vorschriften über den Steuerabzug für die nächste Zeit vorgesehen?

Die Häften, die sich bei Durchführung der ursprünglichen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes über den Lohnabzug ergeben haben, sind im wesentlichen durch das Gesetz zur ergänzenden Regelung des Steuerabzuges vom 21. Juli d. Js. beseitigt. Dieses Gesetz, das mit Zustimmung aller Parteien — die unabhängige Sozialdemokratie hat lediglich gegen die Erhöhung der Abzugssätze für höhere Einkommen gestimmt — vom Reichstag beschlossen worden und es dürfte richtig sein, nunmehr auch bei der Durchführung dieses Gesetzes ergeben.

Sagen Arbeitnehmer weniger Steuern zu entrichten, wie andere Steuerpflichtige?

Das reine Einkommen unterliegt lediglich der Einkommensteuer, während die Grundbesitzer, die Gewerbetreibenden und die Kapitalbesitzer noch der Einkommensteuer noch die Ertragssteuer und das Reichsnotopfer zu entrichten haben. Ich denke, darüber wäre sich die Öffentlichkeit doch klar, daß bei uns der Besitz außerordentlich stark vorbelastet ist. Haben denn die Arbeiter vergessen, daß aller Kriegsgewinn bis auf 172 000 Mark weggesteuert wird? Haben sie vergessen, daß das Reichsnotopfer bis zu 65 Prozent des alten Vermögens bei den Reichsteuern wegnimmt? Weß nicht ein jeder Arbeiter, daß bei den großen Einkommen die Steuer bis zu 60 Prozent hinaufgeht? Hat man vergessen, daß durch eine Kapitalertragssteuer das Einkommen aus Kapital schon stark vorbelastet wird und daß überdies auch noch die Körperschaftsteuer das Einkommen an Aktien und sonstigen Gesellschaftsanteilen sehr stark vorbelastet? Das Dividendeneinkommen wird erst durch zwei Steuern an der Quelle besteuert und unterliegt dann noch der Einkommensteuer. Wenn beispielsweise jemand 100 000 Mark Dividende zu beziehen hätte, so werden von diesem Betrag vor seiner Auszahlung zunächst bis 28 000 Mark durch die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragssteuer abgezogen. Dann werden von den verbleibenden 72 000 Mark noch 21 505 Mark Einkommensteuer gefordert, so daß ihm von den 100 000 Mark, die er zu beziehen gehabt hätte, noch 50 495 Mark übrig bleiben. Und dabei ist das Reichsnotopfer noch nicht berücksichtigt.

Die Belastung der oberen Schichten der Bevölkerung ist bis an die Grenze des wirtschaftlich Möglichen durchgeführt. Mehr könnte man aus dem Besitz kaum herausholen, ohne die Volkswirtschaft zu schädigen. (WTB.)

Änderungen des Erfurter Programms.

Im Rahmen einer Umfrage an bekannte Parteigenossen, die der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie zu Gutachten über eine Neugestaltung des Parteiprogramms ausgearbeitet hat, äußert sich Eduard Bernstein. Im Gegensatz zu Heinrich Cunow, der den theoretischen Teil des Programms, auch wenn er jetzt veraltet ist, vorläufig bestehen lassen will, da sich eine neue einheitliche Theorie des Sozialismus noch nicht gebildet habe, betrachtet es Eduard Bernstein als erforderlich, auch den theoretischen Teil zu modernisieren, daneben verlangt er, daß das Programm in stärkerer Weise, als es in der Vergangenheit ist, „konkreten Charakter“ erhält. „Das Programm, so meint er, kann Fragen nicht unberücksichtigt lassen, deren Erörterung 1891 spekulativer Natur war, nun aber ins Gebiet der Gegenwartsfragen gehört — von den Fragen des Aufbaues der Republik angefangen bis zu den Fragen der Sozialisierung von Wirtschaft und Recht. Ebenso müssen die Spezialgebiete der Betätigung der Arbeiterklasse berücksichtigt werden, denen die Sozialdemokratie in der Zwischenzeit in zunehmender Stärke ihre Aufmerksamkeit und Arbeit zugewendet hat, und muß mit der Stellung der Sozialdemokratie zu den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse — Gewerkschaften und Genossenschaften — auch ihre grundsätzliche Stellung zu bestimmten Formen des Wirtschaftskampfes gekennzeichnet werden. — Es handelt sich jetzt weniger um Aufzählungen von Forderungen, als um Bestimmung von Aufgaben und Zielen der Politik der Sozialdemokratie.“ Eduard Bernstein ist, wie erinnerlich schon seit langem als „Revisionsist“ für die Änderung des Programms eingetreten.

Studenten im Fabrikarbeitsverband.

Berlin, 15. August. Die Studenten des Polytechnischen Instituts hatten beschlossen, sich während der Ferien als industrielle und landwirtschaftliche Arbeiter im Interesse aufbauender Arbeit zu verbinden. Unter anderen hatten drei Studenten in der Dessauer Zuckerraffinerie Stellung gefunden. Die dortige Arbeiterkassette forderte aber die sofortige Entlassung, widrigenfalls sie in den Streik treten würde. Der Betriebsrat erwirkte eine Abstimmung unter den Arbeitern. Das Ergebnis war, daß die Studenten in ihrer Stellung bleiben dürfen, wenn sie dem Fabrikarbeitsverband beitreten würden. Die Studenten haben diese Bedingungen jetzt erfüllt.

Truppentransporte in Oberschlesien festgehalten.

Katibet, 14. August. (WTB.) Die Arbeiterkassette der Ratiborer Hauptwerkstätte hielt heute früh einen Transport französischer Truppen an, und legte durch, wie die „Oberschlesische Zeitung“ berichtet, daß der Zug auf ein totes Gleis gesetzt wurde, wo er unter der Bewachung der Arbeiterkassette steht. Nach einer Meldung des gleichen Blattes wurden auch auf der Station Annaberg Transportzüge angehalten. Die Arbeiterkassette verlangt, daß während des russisch-polnischen Krieges jegliche Truppenbewegung im besetzten Oberschlesien seitens der Alliierten unterbleibt. Sie will diese Forderung mit allen Mitteln durchsetzen.

Ein Zwischenfall in Stettin.

Stettin, 14. Aug. Hier kam es heute zu einem Zwischenfall. In der Vapenstraße wurde die Frau eines französischen Majors der zu der hiesigen Ueberwachungsmission gehört, von einem alten Mann beim Vorübergehen auf dem Bürgersteig gestoßen. Die Frau Major war darüber so erregt, daß sie dem alten Mann mehrere Schläge ins Gesicht versetzte. Hierauf setzte sich der Angegriffene zur Wehr und auch das in der Nähe befindliche Publikum nahm für den Angegriffenen Partei, so daß die Französin schließlich die Flucht ergriff und sich zunächst ins Zentralhotel rettete. Da die sich ansammelnde Menge Miere machte, das Hotel zu stürmen, wurden Beamte der Sicherheitswehr gerufen, die das Hotel absperren und die Menge zerstreuen.

Das östliche Abstimmungsgebiet kehrt ins Reich zurück.

Allenstein, 14. August. (WTB.) Am Montag geht die Verwaltung des Abstimmungsgebietes von der interalliierten Kommission auf die Reichs- und Staatsbehörden über. Der Pakzwang ist bereits fortgefallen. Die interalliierte Kommission reist Montag ab und bis dahin verlassen auch die interalliierten Truppen das Abstimmungsgebiet.

An alle Saarflüchtlinge!

Berlin, 12. Aug. (WTB.) Alle aus dem Saargebiet ausgewiesenen flüchtigen Saarbewohner werden im eigenen Interesse gebeten, sich nach Verlassen des besetzten Gebiets sofort an die nächstgelegene Flüchtlingsfürsorgestelle des roten Kreuzes wenden zu wollen. In Betracht kommen vor allem Darmstadt, Mannheim, Karlsruhe, Offenburg und Düsseldorf. Es wird besonders vor der Abwanderung in die Großstädte gewarnt, wegen der dort herrschenden Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Ferner wollen alle ausgewiesenen Flüchtlinge sofort und zwar schriftlich ihre Adresse mitteilen an die Geschäftsstelle des Saarvereins, Berlin SW. 11, Königsgräberstraße 94.

Eine Welt-Kirchenkonferenz.

Genf, 14. August. Die von den amerikanischen und englischen Kirchen organisierte Konferenz, die hier eröffnet wurde ist von Vertretern aller Kirchen Amerikas, Europas, und des Orients besucht, mit Ausnahme der römisch-katholischen Kirche. Der New Yorker Bischof Brent hat in seiner Begrüßungsrede hervor, daß leider die römisch-katholische Kirche der Einladung nicht gefolgt sei, daß aber sicher dieser bedeutsamsten Weltkirchenkonferenz, die bisher stattgefunden habe, folge. Er bezeichnete es als Hauptziel, der gegenwärtigen Konferenz, eine Basis zu suchen, auf der eine einzige christliche Kirche aufgebaut werden könne. Das sei das größte Ziel, das Menschen sich je gestellt hätten. Nach einer Begrüßung der Konferenz durch den ältesten Pastor der Genfer protestantischen Kirche, Charles Martin, wurde der New Yorker Bischof Brent zum Präsidenten Robert H. Gardiner zum Sekretär der Konferenz gewählt. Aus Deutschland nimmt Pastor Dr. Siegmund Schulte an der Konferenz teil.

Rede des Reichswehrministers a. D. Noske.

Aus dem von Noske am vergangenen Sonntag hier gehaltenen Referat teilen wir folgenden Auszug mit: Wenn es eine Möglichkeit gibt, Deutschland aus seiner tiefen nationalen und wirtschaftlichen Erniedrigung empor zu führen, so kann das nur auf dem Wege der Demokratie geschehen. Ob es überhaupt eine derartige Möglichkeit gibt, das vermag heute kein Mensch zu sagen. Der Friede von Versailles war kein Rechtsfriede, wie Wilson versprochen hatte und die Möglichkeit einer Revision steht noch in weiter Ferne. Die kriegerischen Bewilligungen im Osten zeigen, daß der Vertrag von Versailles der Welt den Frieden noch nicht gebracht hat. Die ausländischen Sozialisten brauchen über Kriegspolitik. Ausgerechnet auf dem Sozialistenkongress in Genf hat ein Pole die Haltung der polnischen Sozialdemokratie im Krieg gegen die Bolschewisten dahin erklärt,

Opern-
labeth
en der
in auf
Stimm-
sang
nicht
nur
liedern
gamm
nn das
Bieder-
s lau-
Liebes-
für den
über-
rin bei
eder zu
jeder

um seine Existenz zu führen meinte. Bürgermeister
haben, gegen den Rossmahl wegen Beleidigung Wider-
erhoben hatte, wurde von dieser Anklage freigesprochen.

Die der Röhre, 14. August. (Beieiner Explosion
Tret.) Im Kalkschacht bei Rippi geriet flüssige Luft,
Salzpurgungen verwendet wurde, in die brennende Kalk-
schachte sämtliche Patronen zur Explosion. Dabei wurden
Bergleute Tode und Verletzte getötet und zwei schwer ver-

Siegen, 14. August. Das im Jahre 1915 ausge-
baute Schloß soll nunmehr wieder in seiner bisherigen
aufgebaut werden und das Amtsgericht aufnehmen.
Bausachen sind außerordentlich hoch, doch immerhin ne-
als ein Neubau. Das Schloß ist bekanntlich die alte
des alten oranischen Fürstenhauses.

Siegen, 16. Aug. Ein 29-jähriger Arbeiter erlitt da-
einen furchtbaren Tod, daß er in die brennende Kalk-
eines Kalkofens stürzte und dabei bei lebendigem
verbrannte.

Budapest, 16. Aug. Zhanfali hat Chinin. Ma-
Teilhahme erregt in Budapest der tragische Tod der
Gattin des Ministerialsekretärs Theodor Bah.
lange Frau war im Hebammen-Institut untergebracht, wo
von einer Pflegerin aus Versehen Zhanfali-Pastillen
Chinin gereicht wurde. Frau B. starb sofort. Gegen
Reiter des Instituts Professor Dr. Voortich und die be-
stehende Pflegerin wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Zusammenstoß mit einem französischen Militärzug.

Kattowitz, 15. Aug. (W.B. Amtlich.) Nach einer
Bedung ist gestern auf dem Rangierbahnhof Gleis 15 eine
Engelolomotive auf einen französischen Militärzug ge-
stürzt, wobei ein französischer Soldat getötet und sieben
verwundet wurden.

Benken, 15. Aug. (W.B.) Wie wir von unter-
Seiten erfahren, hat die interalliierte Kommission sich
des Untersuchungsergebnisses davon überzeugt, daß
dem Unglück auf dem Rangierbahnhof Gleis 15 von
einem Saboteur nicht die Rede sein kann.

Eine Petroleumflamme von 600 Meter
habe. Die stärkste und höchste Flamme, die man jemals
beobachtet hat, dürfte beim Brande eines Petroleumschad-
es in Mexiko entstanden sein. Diese Flamme hatte eine
höhe von über 600 Metern, und ihre Leuchtkraft war so
stark, daß man noch in einer Entfernung von 14 Kilometern,
nach dem Brand mitten in der Nacht ausbrach, eine
Lichtung gut lesen konnte.

Wohnungsnachweis und Heirat. Die Wo-
nungsamt hat zu merkwürdigen Erscheinungen geführt. In
Hagen erhält ein Brautpaar neuerdings eine Wohnung
am Wohnungsamt erst nachgewiesen, wenn die Handes-
amts-Prüfung vollzogen ist. Diese Maßnahme ist zum
Zeit gegen Schiedungen. Es kommt vor, daß Braut-
paar sich handesamtlich trauen lassen, nach Wochen eine
Scheidung erhalten, sich dann kirchlich trauen lassen und als-
um die eheliche Gemeinschaft aufnehmen. Manchmal ist
die Scheidung auch anders.

Die Türken werden aus. In der „Londoner
Times“ wird die pessimistische Ansicht eines Türken
in die türkische Rasse wiedergegeben, der dem Konstan-
tiner Korrespondenten des genannten Blattes sagte: „Nach
mehr Jahren wird es überhaupt keine Türkei mehr geben.
Die Rede nicht rhetorisch oder übertrieben. Es ist meine
unerschütterliche Überzeugung, daß die Türkei als kompakte
Volk verschwinden werden. Die Rasse degeneriert, und nichts
kann sie retten. Nehmen Sie die Hauptstadt. Ich möchte
wünschen, daß in zehn Jahren so gut wie kein Türke
mehr dort übrig sein wird. Sie werden sich zerstreuen und
überallhin gehen, sie werden sterben. Denn die Be-
völkerung von Konstantinopel, soweit sie türkisch ist, ist in der
Tatsache eine Bevölkerung von Funktionären. In Zu-
kunft wird es für sie in der verkleinerten Türkei, deren weite
Departements unter Kontrolle stehen werden, größtenteils
eine Beschäftigung mehr geben. Was werden diese Leute
tun? Genau das, was die edlen Familien seit der Konsti-
tution getan haben. Alle die prachvollen Balken, die Sie
im Besonderen entlang sehen, waren vor zehn Jahren noch
gesund; es war Leben in ihnen, ein fröhliches, wenn Sie
sahen, aber doch von einiger Kultur und Großartigkeit.
Nunmehr von zehn Jahren ist das alles verschwunden. Die
Balken sind verrotten, die Familien verarmt. Dieser Teil
der Türkei existiert nicht mehr; und auf dieselbe Weise, die
wir heute sehen, nichts mehr zu leben zu haben, wird der
Rest der Türkei in der Hauptstadt verschwinden. Hier
werden Sie bald nur noch den Sultan und seine
Familie finden, und eine kaum wahrnehmbare türkische Mi-
norität.“ So gibt es also auch einen Spengler am Bos-
porus, der dort den „Untergang des Morgenlandes“ be-
reitet.

Eine „Musterankalt“. In der letzten Juli-
woche haben sich in der „Befestigungsanstalt für Mädchen“ in
Kattowitz (Staat New York) skandalöse Szenen abgespielt.
Es handelte sich um eine gerichtliche Untersuchung. Es stellte
sich heraus, daß viele Mädchen, die sich der Disziplin nicht
unterwerfen wollten, der Tortur unterzogen wurden: die beliebteste
war die Mädchen zur Vernunft zu bringen, war, sie stunden-
lang an den Händen an einen Pfosten zu binden, derart,
daß ihre Füßspitzen kaum den Boden berührten. Unter
den Anklagen selbst kam es oft zu Prügeleien von uner-
warteter Heftigkeit. So entstand einmal eine wahre Schlägerei,
bei welcher Mädchen, die in die Wäscherei geschickt wurden,
nicht mit Knechten zusammenarbeiten wollten. Eine
Mädchenknecht einer Weichen ein glühendes Plättchen in
den entzündeten Rücken; eine Schär weißer Mädchen drang
auf die Knechtin ein, der wieder einige Knechtinnen zu
Hilfe eilten, und im Nu war ein wilder Kampf im Gange,
bei dem Plättchen, Schären, Messer, Steine und Gabeln
mit Wut benutzt wurden. Die herbeigerufene Polizei ließ
mit Knütteln auf die Mädchen ein, von denen zwölf in das
Krankenhaus transportiert werden mußten.

Turnen und Sport.

Ein schöner Erfolg des Turnvereins
„Jahn“, Limburg. Wo nur Limburger Sportsleute
in der letzten Zeit an edlen Wettstreite teilnehmen, sind
aus von Erfolg gekrönt. So am letzten Sonntag in
Limburg. Diesmal waren es wieder die Turner, welche
Limburgs zum Siege führten. Beim Bezirks-
turnen, welches aus Anlaß des Ganturtenfestes des Bahn-
turnens in Bad Ems stattfand, gelang es der am
turnenden Mustertruppe des Turnvereins „Jahn“,

bestehend aus den Herren Ph. Hellbach, Robert Drott, Josef
Eckert, Karl Adams, Gustav Stieglitz und Franz Kaiser,
unter starker Konkurrenz, darunter der Städte Diez, Raßau,
Ems, die höchste Punktzahl, 54½ Punkte, zu erreichen.
Außerdem wurden die vorstehend genannten Turner auch
sämtlich im Einzelwettkampf ausgezeichnet, darunter Ph. Hell-
bach mit 133 Punkten mit dem 5. Preis.

Kurzer Wochenbericht der Preisbericht- stelle des Deutschen Landwirtschaftsraats vom 7. bis 13. August 1920.

Der Roggen, der alte Feind des Frühjahrswegens in Nord-
amerika, scheint dort auch diesmal wieder seine Opfer gefordert
zu haben. Nach dem Augustbericht des Washingtoner Ad-
ministrators ist der Durchschnittsertrag vom 88 auf 73,4 Prozent
zurückgegangen und das voraussichtliche Ergebnis wird auf
262 Millionen Bushels geschätzt gegen 291 Millionen im
Vormonat und 209 Millionen im Vorjahre. Die Aus-
sichten auf die amerikanische Winterweizenernte haben sich
seit deren Ausbruch mehr und mehr in Gang gekommen
ist, wesentlich gebessert. Ihre jetzige Schätzung lautet 533
Millionen Bushels gegen 518 Millionen im Juli und 504
Millionen im Juni. Die Besserung beläuft sich also auf
29 Millionen Bushels, das ist dieselbe Menge, um die sich
der Frühjahrswegens seit dem Vormonat verringert hat.
Beträglich Kanadas Ernte war man in einigen Teilen seiner
Hauptanbaugenden ebenfalls in Sorge. Daß es auch dort
nicht ohne Kostschaden abgeht, scheint festzustehen, doch ist man
über den Umfang der Schäden noch nicht klar. Für
England ist der weitere Fall des Sterlings in Amerika
von größter Bedeutung. Großbritannien ist bis zur kom-
menden, erst Ende des Jahres fälligen Ernte der La Plata-
Staaten und Australien vorläufig hauptsächlich auf Nord-
amerikas Getreideleistungen angewiesen und seine Bezüge
verleuern sich, durch die verringerte Kaufkraft seiner Valuta.
Die gegenwärtigen Weizenzufuhren Großbritanniens sind
14,3 Millionen Quarters (1 Quarter = 27,7 Kilogramm)
weiter sehr grobe. Seit dem 1. Januar hat das Land
eingeführt gegen 8,3 Millionen gleichzeitig 1919. — In
Deutschland lauten die privaten Nachrichten über die Roggen-
erträge ungünstiger als die offizielle Statistik vermuten
läßt. Der Ausbruch scheint vielfach zu enttäuschen; aber
den an die Mählen gelieferten Roggen hört man wegen
der zum Teil sehr kleinen, oft veräulerten Körner Klagen,
doch herrscht bezüglich der Qualitäten ebenso wie der
Mengeergebnisse eine große Verschiedenheit. Die Weizen-
qualitäten werden von der Mählerei überall gelobt, aber
ein Teil der zugeführten Ware ist wieder mit Brand be-
haftet. Das Geschäft in Hafer ist durch die nunmehr be-
stehenden Uebergangsbestimmungen noch etwas verlängert.
Der Uebernahmepreis von jetzt 110 Mark für den Zentner,
der nicht hinter dem gegenwärtigen Marktwert zurück-
bleibt, veranlaßt den Handel sein Material möglichst noch
bis zur zulässigen Frist zu verkaufen. Wackende Frage
zeigt sich für Futterstoffe aller Art. Der Umsatz in inländi-
schen Getreiden steigt, während für die ausländischen die
Forderungen noch zu hohe bleiben. Für Mais rechnet man
auf die Freigabe der Einfuhr und die Kaufkraft der
einzelnen bereits mit den Vorbereitungen für die Einleitungen
größerer Imports. Das Geschäft in deutschen Getreiden
war zu steigenden Preisen, die sich schließlich bis zu jetzt
260 Mark für den Zentner erhöhten, verhältnismäßig leb-
haft. Zwar hatte der Verband der deutschen Getreidemählen
beschlossen, nicht über 225 Mark frei Mählstation zu
bieten, aber die Kaufstränge am Berliner Markt waren
doch so vielfach, daß jener Beschluß für den Absatz und
die Bewertung der Ware nicht in Betracht kam.

Amtlicher Teil. (Nr. 188 vom 17. August 1920.)

An die Herren Bürgermeister des Kreises.
**Betr. Kosten, die den Gemeinden des Kreises durch
die Reichstagswahlen entstanden sind.**

Auf meine Verfügung vom 20. Mai 1920 — Egb. 2.
Nr. 1617 —, Kreisblatt Nr. 115 (Absatz 8) sind Kosten, die
den Gemeinden durch die Reichstagswahl entstanden sind,
bis jetzt bei mir nicht angemeldet worden. Damit ich die
Erstattung des an das Reich entfallenden Anteils (vier
Fünftel) veranlassen kann, ersuche ich, die Rechnungen mit
den Belegen, deren Richtigkeit von Ihnen zu bescheinigen
ist, mir bis 1. 1. 1921, vorzulegen. Später eingehende
Anmeldungen können bei Aufstellung der hier zu fertigenden
Uebersicht nicht mehr berücksichtigt werden.

Zu den Wahlkosten, die zu vier Fünftel vom Reich
erstattet werden, gehören nach § 82 der Reichswahlordnung
vom 1. Mai 1920 (Reichs-Gesetzblatt Seite 113) die
Kosten für die Beschaffung der Vordrucke für die
Wählerlisten und für die Anlegung der Wahlkarten,
der Vordrucke für die Wahlzettel, der Druck und Anschlag-
kosten für die öffentlichen Bekanntmachungen, die Post-
und Telegraphengebühren, ferner die Aufwendungen an Ver-
gütungen für außerordentliche Hilfskräfte, die ausschließlich
zum Zwecke der Vorbereitung und Durchführung der Reichs-
tagswahl eingesetzt wurden. Dagegen gehören nicht zu den
Kosten der Reichstagswahl laufende Aufwendungen für Ge-
hälter und Bürobedürfnisse.

Die zur Vornahme der Wahl und zur Feststellung
des Wahlergebnisses erforderlichen Räume haben die Ge-
meinden unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Limburg, den 10. August 1920.

2. 2754. Der Landrat.

**Die Herren Bürgermeister in Aylbach, Dorchheim, Dorn-
dorf, El., Eichenhof, Heringen, Lahr, Langendernbach, Lin-
denfels, Lauen, Linter, Mahmels, Niederweger, Oberzeu-
heim, Olfheim, Ohren und Stäfel werden an die Erledigung
meiner Uebersicht vom 12. Juli 1920 (2. 2351)
betreffend Inlandslegitimationskarten erinnert und Bericht
innerhalb 3 Tagen erwartet.**

Limburg, den 13. August 1920.

2. 2351. Der Landrat.

Die andauernde Knappheit an Ziegeln zwingt dazu,
die verbandenen natürlichen Bausteine auszunutzen. Es wird
deshalb insbesondere den Bewohnern der städtischen Teile
des Regierungsbezirks Wiesbaden nicht unwillkommen sein,
wenn sie auf einen Tuffstein aufmerksam gemacht werden,
der wenige Minuten von dem Bahnhof in Herkbach, an
der Eisenbahn von Montabaur nach Westerburg, gebrochen
wird. Nach den Feststellungen und den Mitteilungen des
Herrn Vorstehers des preussischen Hochbauamtes in Montabaur
und des Herrn Kreisbauamtes in Westerburg hat sich

der Stein gut bewährt. Letzterer gibt an, daß der Tuffstein
in frisch gebrochenem Zustand ziemlich weich und infolgedessen
mit leichter Mühe, wenig Zeitaufwand und mit den ein-
fachen Werkzeugen in jeder gewünschten Größe und Form
zu bearbeiten ist. In frisch gebrochenem Zustand wird er sich
auch leicht schneiden lassen. An der Luft erhärtet er und
ist im Vergleich zu anderem Naturstein ziemlich leicht.
Auch hat er eine angenehme, leicht geputzte helle Färbung,
so daß, ungeachtet seiner Haltbarkeit ohne Außenverputz,
von ihm ausgeführte Mauerflächen bei Verwendung von
unregelmäßigen Bruchsteinen nur eines feinsichtigen Außen-
verputzes (Fugenverputzes), und die Mauerflächen aus regel-
recht bearbeitetem Stein eines Außenverputzes überhaupt nicht
bedürfen. Für Umfassungswände von ein- u. zweigeschossigen
Wohnhausbauten und ähnlichen Bauwerken würde bei Verwen-
dung von unbearbeiteten Bruchsteinen eine Mauerstärke von
50 Zentimetern genügen; diese könnte bei Verwendung von
bearbeiteten Schichtsteinen — wenn auch in wahlloser Höhe
— sogar nur 30 Zentimeter betragen. Wenn auch bestimmte
Angaben über Preise zurzeit nicht gemacht werden können,
so ist doch anzunehmen, daß der Stein billiger auf den Markt
gebracht werden kann wie jedes andere Kunst- und Naturge-
stein, sowohl im bearbeiteten als auch im unbearbeiteten Zu-
stande. Hierzu kommt eine weitere Ersparnis an Mauerlohn,
Mörtel und Außenputz im Verein mit den Vorzügen der
schnelleren Ausführbarkeit des Mauerwerks, der schnelleren
Ausroddung und schnelleren Bewohnbarkeit der Bauten.
Nur wird das Mauerwerk gegen ständige Feuchtigkeit ge-
schützt werden müssen.

Der Steinbruch gehört der A.-G. „Industriegründung“

Berlin W 9, Potsdamerstraße 136/137.

Ich ersuche ergebenst, diese Mitteilungen der Öffentlich-
keit zugänglich zu machen.

Wiesbaden, den 28. Juli 1920.

Der Regierungspräsident.

J. A. Walter.

Pr. 1. 2. W. 510.

Wird veröffentlicht. Die Herren Bürgermeister des
Kreises werden ersucht, etwaige Interessenten noch besonders
im Sinne vorstehender Verfügungen zu veranlassen.

Limburg, den 9. August 1920.

Der Landrat.

2. / R. B. 1845.

Bekanntmachung.

**Betr.: Bezug von Rohbraunkohlen ohne Reichshaus-
brandbescheinigung.**

Gemäß Rundschreiben des Herrn Reichskommissars für
die Kohlenverteilung vom 27. Juli 1920 (Nr. E. 2920
7. 20.), erklärt der Herr Reichskommissar sich mit Rücksicht
auf die bei der Eisenbahn eingetretene Besserung der Ver-
kehrslage bereit, den Bezug von Rohbraunkohlen für Haus-
brandzwecke im ganzen Reich unter Fortfall jeder Entfer-
nungsbefreiung ohne Verwendung der Reichshausbrand-
bescheinigung zuzulassen.

Die Freigabe erfolgt nur auf Grund von Anträgen der
Versorgungsbezirke, die bei dem Herrn Reichskommissar zu
stellen sind und deren Genehmigung durch den Herrn Reichs-
kommissar in jedem einzelnen Falle vorbehalten bleibt. An-
forderungen von Händlern und Einzelbeziehern, die diese an
den Herrn Reichskommissar direkt richten, können keine Berücksich-
tigung finden.

Ich gebe hiermit den freieingesessenen Händlern und
Verbrauchern von dieser Regelung Kenntnis und stelle anzu-
suchen durch den zuständigen Ortskohlenausschuß an das
Kreiswirtschaftsamt einzureichen, welches die Anträge nach
Prüfung an den Herrn Reichskommissar zur Genehmigung
weiterleiten wird. Die Anträge müssen enthalten die
gewünschte Menge, den Empfänger, die Empfangsstation,
den Vor- und Hauptlieferer, die liefernde Grube und die
Lieferzeit.

Die auf diese Weise ohne Verwendung von Reichs-
hausbrandbescheinigung bezogenen Kohlen sind in die Bezugsschein-
kontrollliste unter **Eingang eintragen** und werden am Ende
des Wirtschaftsjahres auf die festgesetzte Jahresliefermenge
angerechnet.

Die vorstehend ausgeführte Ausnahmeregelung gilt bis
auf weiteres. Durch die infolge der Beschlüsse in Spaß
übermäßig gesteigerte Zwangslieferung an die Entente wird
auch die Hausbrandversorgung derartig in Mitleidenschaft
gegriffen, daß für den nächsten Winter leider mit einer noch
schlechteren Belieferung als im Vorjahre gerechnet werden
muß. Es empfiehlt sich daher, von der für den Bezug
von Rohbraunkohlen durch die eingangs erwähnte Anordnung
des Herrn Reichskommissars gegebene Erleichterung möglichst
ausgiebig Gebrauch zu machen.

Limburg, den 13. August 1920.

Der Vorsitzende des Kreiswirtschaftsamtes.

Schellen.

An die Herren Bürgermeister des Kreises

In letzter Zeit kommt es häufig vor, daß seitens der
Herren Bürgermeister die **Unfallanzeigen** über landw.
Betriebsunfälle ganz unvollständig hierher weitergegeben werden.
Ganz abgesehen davon, daß hierdurch unnötige Schreib-
arbeiten und eine wesentliche Mehrarbeit entsteht, gelangt
auch das Renten-Feststellungsverfahren verspätet zum Ab-
schluß, was im Interesse der Verletzten unter allen Umständen
vermieden werden muß.

Ich ersuche daher die Herren Bürgermeister, für die
Folge genau darauf zu achten, daß vor allen Dingen der
Hergang des Unfalles eingehend geschildert wird, die An-
gaben auf dem Unfall-Anzeigeformular dem Vordruck ent-
sprechend genau gemacht werden und besonders der Name
des Betriebsunternehmers, die Art des Unternehmens, die
Größe des Betriebs am Kopfe der Unfall-
anzeige genau angegeben wird.

Bei Unfallanzeigen, die verpaßt, — das ist nicht
innerhalb drei Tagen — erstattet werden, ist der Betriebs-
unternehmer stets darüber zu vernehmen, aus welchem Grunde
die Anzeige nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist ge-
macht worden ist. Zu den Angaben ist Ziffern- und
Lage zu nehmen und dabei anzugeben, ob eine Bestrafung an-
gebracht ist und evtl. in welcher Höhe.

Ich ersuche, für die Folge genau hiernach zu verfahren.

Limburg, den 13. August 1920.

Der Vorsitzende des Sektionsvorstandes

der landw. Berufs-Genossenschaft.

Egb. Nr. 2. H. B. 1427.

